

# Januar

**ANARCHISTISCHE  
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:  
ERICH MÜHSAM**

**INHALT:**

**Malwahi - Vergleichende Revolutionsgeschichte  
(von G. Berg) - Selbstjustiz - Faschistische und  
revolutionäre Aktion - Helden - Todesanzeige  
Wahlaufruf - Dank**

**NR. 8**

**PREIS  
40 Pf.**

**JAHRGANG 2**

**BERLIN**

**MAI 1928**

**ERICH MÜHSAM**

**SAMMLUNG**

**Auswahl aus dem dichterischen Werk 1896-1928**  
Gedichte, Novellen, Aufsätze, Satiren, Anekdoten usw.

**Preis: kartoniert M. 8.50, in Ganzleinen gebd. M. 8.—**  
(Schutzumschlag mit dem Bilde des Autors)

**ist erschienen!**

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des FANAL.  
**I. M. Spaeth Verlag, Berlin**

*ERICH MÜHSAM*

**Judas**

**Arbeiter-Drama in 5 Akten.**

**2. Auflage. 1924. Preis: Brosch. M. 1.60, gebd. M. 2.40**

**Malk-Verlag, Berlin**

Zu beziehen durch jede Buchhandlung u durch die Geschäftsstelle des FANAL

Die Leser werden gebeten, Bücher jeder Art durch die Geschäftsstelle des „FANAL“ zu beziehen

# F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG  
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

---

---

**Jahrgang 2**

**Nummer 3**

**Mai 1923**

---

---

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pfg. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 22419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschlüchtlingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 9112.  
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

---

---

## **Mai-Wahl, Wahl-Mai**

Seht die roten Fahnen aus den Dachfenstern der Proletarier-Wohnungen flattern! Hört die Marschmusik der Internationale, der Marseillaise durch die Straßen schmettern und die Massen im Mai-Aufmarsch singen: Wer schafft das Gold zu Tage?! Freut euch der gesammelten Kraft der Arbeiterklasse, die sich einmal im Jahr, wenn das frische Grün aus den Bäumen treibt und die Natur ihre Schöpfergroßmut freigebig entfaltet, ihrer Sendung bewußt ist, in gemeinsamem Kampf die Not der Menschheit zu brechen, Frühling zu schaffen und die Sonne der Zukunft über der Menschenerde aufgehen zu lassen! Einmal im Jahre nur, am 1. Mai, sollen sie sich zusammenfinden, die Unterdrückten der Welt im Gelöbnis, einander zu lieben, einander zu helfen über die Grenzen der Länder hinweg, über Programme und Theorien hinweg, einander beizustehen in Hunger und Gefahr, im Kampf um die Existenz und um bessere Lebensbedingungen und in der Abwehr aller kapitalistischen Anschläge gegen ihr Recht auf Luft und Erde, auf Freiheit und Menschenwürde! Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einig seid! Das ist der Sinn der Maifeiern, der Maifreude des Proletariats.

Das ist der Sinn eurer Maikundgebungen, Verdammte dieser Erde? Er sollte es sein. Er war es noch nie. Der Gedanke der Maifeier kam aus den Tiefen der proletarischen Klasse selbst, und der Gedanke war: Bekenntnis zum Sozialismus, zur Freiheit der klassenlosen Gesellschaft, zur Revolution. Aber von allem Anfang an hat die proletarische Klasse, verwirrt von staatlicher Erziehungs-Demagogie, sich weismachen lassen, sich selber weisgemacht, sie sei un-

mündig, sie bedürfe bevormundender Sachwalter, ihre Gedanken seien unreif und müßten erst von klugen Leuten zurechtgeknetet werden, um passieren zu können vor der Kritik der Geschichte. So gelangte der schöne und große Gedanke des Maiaufgangs als sozialistisches Klassenbekenntnis in die Ideen-Hackmaschine sozialdemokratischer Realpolitiker, die noch jedes gesunde Stück Fleisch vom Tische des Proletariats verwurstelt und mit übeln Surrogaten vermengt als ungenießbaren und unverdaulichen Brei ihren Auftraggebern serviert haben. Von dem Verlangen nach Revolution und Sozialismus blieb übrig die Forderung des achtstündigen Arbeitstages, eine Forderung, die nur Sinn hat innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems; denn in einer Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit ist Arbeit nicht qualvolle Last, sondern lustvolles Schaffen, das sich seine Zeit nicht vorschreibt und nicht begrenzt, so wenig wie das Werk des Künstlers oder Forschers sich zeitlich spannen oder eindämmen läßt.

Indessen haben wir jawohl eine Revolution gehabt, die so herrlich war, daß das klassenbewußte Proletariat seine rote Fahne in die Ecke stellen und die schwarzrotgoldene Trikolore des Börsenkapitals als Zeichen geeinter Volkheit im Zeichen siegreicher Demokratie entrollen konnte. Mochten unbelehrbare Reaktionsäre immerhin an ihren monarchistischen Idealen festhalten, mochte das Industriekapital, unfähig, den neuen Geist der Freiheit zu begreifen, das heruntergeholt Banner Schwarzweißrot über seinen Privatkontoren hissen und geistig zurückgebliebene Kriegervereine das gute Alte weinerlich beschwören — die siegreiche Revolution hatte es ihnen gezeigt, daß ihre Tage gezählt seien, die demokratische Republik und ihre größte Errungenschaft: der Achtstundentag waren diesem freiesten Volke der Welt nie wieder zu entreißen! Auf zur Maifeier, Genossen! Demonstriert am 1. Mai 1928, wofür ihr auch am 1. Mai 1890 demonstriert habt und am 1. Mai 1914: für die Erringung des achtstündigen Arbeitstages, für die Demokratie, gegen die Anschläge auf das freie Reichstagswahlrecht, für Freiheit, Gleichheit und Recht! Proletarier, vereinigt euch! Hinein in die freien Gewerkschaften! Wählt Liste 1! Wählt Liste 5! Der Bahn der Kühnen folgen wir — —! Wir sind die stärkste der Partei'n!

Das ist in diesem Jahre das Bild der Einigkeitsdemonstration des deutschen Proletariats: Maifeier im Zeichen der Wahlen! Nicht gegen das Kapital wird aufmarschiert, sondern gegen die Konkurrenz aus der eigenen Klasse, nicht gegen den Staat, sondern für die Eroberung von Staatspfründen; nicht der gemeinsame Kampf der Arbeitermassen gegen Ausbeutung und Verknechtung wird am 1. Mai gelobt,

sondern die Erkämpfung möglichst vieler Sitzplätze für die eigenen Diätare im Gesetzgebungs-Ausschank der deutschen Republik. Nicht der 1. Mai wird gefeiert, sondern der 20. Mai, und nicht auf die Sammlung der entschlossenen Kräfte des Proletariats zur Revolution und zur Erringung sozialistischer Weltbefreiung kommt es an, sondern auf die Umschmeichelung und Uebertölpelung der Lauen und Gleichgültigen, deren Stimmen man zählen kann und die zwar nicht für ein Bekenntnis zur Revolution und zur Weltanschauung des Sozialismus zu haben sind, doch aber vielleicht bei angestrengtem Werber- und Schlepperdienst für ein Kreuz an der richtigen Stelle des Wahlzettels. Auf zum letzten Gefecht für die beste Kandidatenliste! Heilig die letzte Schlacht an der Wahlurne! Nicht zählen wir den Feind, — wir zählen nur unsre Stimmen.

Was den Feind anlangt, so beteiligt er sich fürs erste noch an dem harmlosen Gesellschaftsspiel des Stimmenzählens. Aber er nimmt das Ergebnis der Zettelwahl nicht entfernt so wichtig wie das Proletariat. Einmal weiß er, daß der Apparat, der durch die Wählerei geölt wird, ihm gehört und nicht anders funktionieren kann, als es seine kapitalistische Konstruktion bedingt. Er hat da ja die günstigsten Erfahrungen schon 1918 gemacht; der Apparat blieb unversehrt und der Tropfen demokratischen Oels, der seit 1848 die Glatzen der professionellen Gesetzgeber salbt, erwies sich, zum Massenverbrauch in Tanks gesammelt und zur Staats-Achsen-schmiere raffiniert, als ausgezeichnete Zusatz zum Betriebsmaterial der demokratische Republik genannten Petroleum-Verwertungsgesellschaft Deutschland. Zum andern weiß der Feind des Proletariats auch, was Sozialdemokraten und Parteikommunisten nicht mehr wissen, und was einer ihrer geistigen Väter, Wilhelm Liebknecht, in einer öffentlichen Versammlung des Demokratischen Arbeitervereins in Berlin am 31. Mai 1869 folgendermaßen kennzeichnete (Redner der Revolution, Band V, Neuer Deutscher Verlag 1925): „Aber angenommen, die Regierung mache von ihrer Macht (oppositionelle Parteien schon während der Wahlvorbereitung durch Polizei- und Justizmaßregeln schwach zu halten) aus Kraftgefühl oder Berechnung keinen Gebrauch, und es gelinge, wie das der Traum einiger sozialistischer Phantasiepolitiker ist, eine sozialdemokratische (kommunistische) Majorität in den ‚Reichstag‘ zu wählen, — was sollte die Majorität tun? Hic Rhodus, hic salta! Jetzt ist der Moment, die Gesellschaft umzugestalten und den Staat. Die Majorität faßt einen weltgeschichtlichen Beschluß, die neue Zeit wird geboren — ach nein, eine Kompagnie Soldaten jagt die sozialdemokratische Majorität zum Tempel hinaus, und lassen sich die Herren das

nicht ruhig gefallen, so werden sie von ein paar Schutzleuten in die Stadtvogtei abgeführt und haben dort Zeit, über ihr donquixotisches Treiben nachzudenken.“ Nach Urteil des Landbunditen Oldenburg-Januschau bedürfte es für den Zweck nur eines Leutnants mit 10 Mann. Zur endgültigen Entscheidung der Frage wäre wohl der Reichswehroffizier zuständig, der nach dem Einmarsch in Sachsen 1923 das Verfahren zum ersten Male praktisch zur Anwendung brachte, als er im Auftrage der Sozialdemokraten Ebert und Sollmann die den Industriellen des Landes unerwünschte sozialdemokratisch-kommunistische Landtagsmehrheit zum Teufel jagte und die Herren, die sich das nicht ruhig gefallen lassen wollten, festsetzte.

Die Durchführung solcher Maßnahmen im Reich hat sich bis jetzt zum Glück erübrigt, und es ist zu hoffen, daß auch der Ausfall der Mai-Wahlen die Außerkraftsetzung der Verfassung vermittels des Artikels 48 dieses Instrumentes des Staatsbewußtseins nicht notwendig machen wird. Die Disziplin des deutschen werktätigen Volkes, die rücksichtsvolle Einordnung seiner berufenen und erwählten Führer und Vertreter in die Belange des allgemeinen Wohls, besonders das unvergeßliche Beispiel des ersten Reichspräsidenten Ebert, dessen sprichwörtlich gewordener Takt die antisemitische Nationalhymne des Kaiserreichs zum republikanischen Gleichheits- und Wehiesang erhob, der Reichswehr die monarchische Fahne ließ zur Bekräftigung republikanischer Gesinnungstreue und fast so viele nationalistische Mörder begnadigte wie er kommunistische Kämpfer erschießen ließ, — die Wahlparolen der Sozialdemokraten und Kommunisten obendrein, aus denen deutlich hervorgeht, daß das Schicksal des deutschen Proletariats lediglich davon abhängt, ob die Bonzen der Liste 1 oder die der Liste 5 im Parlament Sehr richtig! und Oho! rufen dürfen, können die Sachwalter des Kapitals darüber beruhigen, daß Wilhelm Liebknechts Ausruf zum Schluß jener Versamlungsrede heute nicht mehr gilt: „Kein Friede mit dem heutigen Staat! Und weg mit dem Kultus des allgemeinen und direkten Wahlrechts!“

Der „heutige Staat“, dessen Reichskanzler bis 1918 Monarchist war, zur Weimarer Zeit Republikaner, anno Fehrenbach halb und halb, um die Wende seiner Präsidentschaftskandidatur rabiät republikanisch, während der Bürgerblockperiode und den Fusionsverhandlungen mit der bayerischen Königspartei verfassungstreue-dreiviertelmonarchistisch und jetzt über die Wahlzeit weg den afghanischen Herzogsmantel mit republikanischer Gösch trägt, — dieser Staat des Reichskanzlers Marx ist eine Schöpfung der Partei, aus der heraus, zu der und für die der Vater Karl Liebknechts sein Urteil

über den Parlamentarismus der Sozialisten sprach. Er hätte sich die Rede, so schön sie ist, so lohnend ihre Verbreitung unter den Proletariern auch heute noch wäre, sparen können, zumal er selbst aus allen seinen scharfsinnigen Argumenten gegen das Wählen nur den Schluß zu ziehen wußte: „Beteiligen wir uns nach wie vor energisch an den Wahlen, aber benutzen wir sie bloß als Agitationsmittel . . .“ Das haben die Kommunisten zuerst auch gesagt. Jetzt sind sie soweit, die Maifeier zum Agitationsmittel für die Parlamentsbeteiligung zu machen, statt das Parlament zur Agitation für die Maiforderungen zu benutzen, was sie gewiß auch recht gern täten, aber aus dem Grunde unterlassen müssen, weil die andern Parlamentarier dazu nicht stillhielten. Wer mit einem andern Schach spielen will, muß die Spielregeln innehalten und nicht glauben, er werde ihn dadurch besiegen, daß er ihm die Schachfiguren an den Kopf wirft. Das Schachbrett des Parlaments aber ist ein Verhandlungsbrett, und die Spielregeln haben die Staatsinteressenten entworfen. Die Kommunisten, die ins Parlament gehn und schon die Proletarier, die ins Parlament wählen, anerkennen diese Spielregeln, ob sie wollen oder nicht, ob sie es zugeben oder nicht. Sie verzichten auf den Kampf gegen die Bourgeoisie zugunsten der Verhandlung mit der Bourgeoisie, und unsre Maifeiern sind glücklich dazu degradiert, für Gesetzesreformen im Bürgerstaate von rotbänderten Tribünen herab schwungvolle Resolutionen annehmen zu lassen.

Als Wilhelm Liebknecht seine Rede hielt, da war die offizielle Auffassung der Sozialdemokratie noch die, „daß die Vertreter der Demokratie jede ihnen passend dünkende Gelegenheit benutzen könnten, um im ‚Reichstag‘ ihren negierenden und protestierenden Standpunkt geltend zu machen, daß sie sich aber von den eigentlichen parlamentarischen Verhandlungen fernzuhalten hätten, weil dies eine Anerkennung des Nordbundes und der Bismarckschen Politik einschließt und das Volk nur über die Tatsache täuschen kann, daß der Kampf im ‚Reichstag‘ bloß ein Scheinkampf, bloß eine Komödie ist.“ Was sagen denn unsere heutigen „antiparlamentarischen“ Parteikommunisten dazu, daß vor knapp 60 Jahren noch die Sozialdemokraten jede Beteiligung an Gesetzesberatungen im Parlament strikt ablehnten, daß sie z. B. trotz ihrer Vertretung in dem Reichstag, den ihr eigener Abgeordneter Liebknecht nur in ironischen Anführungszeichen bei seinem Namen nennt, die Beratung der Gewerbeordnung in kühler Abstinenz den Vertretern der besitzenden Klassen überließen? Denn: „Die Sozialdemokratie darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Verhandeln kann man nur, wo eine gemeinsame Grundlage besteht. Mit

prinzipiellen Gegnern verhandeln heißt sein Prinzip opfern. Prinzipien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert. Die geringste prinzipielle Konzession ist die Aufgebung des Prinzips. Wer mit dem Feinde parlamentiert, der parlamentiert; wer parlamentiert, paktiert.“ (Wilhelm Liebknecht ebenda.)

Aber sie alle haben dennoch die Konzession gemacht, ihre Opposition in die Komödienhäuser der Bourgeoisie, die Scheinkampf-Arena des Parlaments zu tragen, und die Anarchisten Bakunin und Guillaume, die ihnen die Folgen voraussagten, schmissen sie aus der Internationale heraus. Nicht der Geist der proletarischen Opposition wehte belebenden Atem in die Parlamente, sondern die Schacherluft des Parlaments übertrug sich vergiftend auf die Lebensorgane der proletarischen Opposition, und jetzt, 9 Jahre nach einer sogenannten Revolution, demonstrieren die aktivsten Teile des Proletariats in ihren Maikundgebungen für die Beibehaltung der Parlamente, die sie desorganisieren wollten und die heute gefährdet sind durch ihre bisherigen Nutznießer, die die umständlichen Methoden der Stimmenzählerei und der parlamentarischen Gesetzmacherei nicht mehr brauchen und das faschistische System der unmittelbaren Wirtschaftsdiktatur anstreben. Nutznießer des Parlaments aber sind ein paar aus dem Proletariat in den Beamtenstand emporgewachsene Berufsfunktionäre, und um ihretwillen sollen die Arbeiter zum 1. Mai den Kampf beschwören für die Verteidigung der demokratischen Parlamentiererei und für das Recht, alle vier Jahre einmal einen Zettel ankreuzen zu dürfen und sich zu einer Liste von Personen zu bekennen, die ein Gremium unbeaufsichtigter Parteimandatare ausgesucht, zurechtgeschoben und zusammenintrigiert hat und an der keinerlei Aenderung vorgenommen werden darf. So verlangt es das verfassungsmäßige Wahlgesetz, und damit ja kein Wähler auf die Idee kommt, sich mit andern zusammen auf Leute zu einigen, die etwas Neues, Eigenes wollen könnten, sich frei zu machen von dem stumpfsinnigsten aller Wahlpraktiken, der Diktatur parteibürokratischer Wahlmänner, sind schon alle großen Parteien darin einig, daß man den „Splitterparteien“ die Neigung, mit den erfahrenen Großdemagogen konkurrieren zu wollen, durch Auferlegung einer klotzigen Kaution schon das embryonale Leben auslöschen müsse. Das Verfahren nennt sich nachher direkte Wahl.

Damit ist dann die Garantie gegeben, daß das Parlament ein für alle Male davor geschützt bleibt, auch nur etwas amüsanter zu werden als bisher. Sie werden uns weiter demokratisch regieren, die alles bis hierher schon so trefflich geführt haben: der Arbeiter kennt



ja die Segnungen des parlamentarischen Regimes aus den letzten Jahren am eignen Leibe und an dem skrofulösen Leibe seiner Kinder. Sein achtstündiger Arbeitstag, die schöne Erinnerung kurzer Freude, ist wieder die Forderung seiner Mairesolutionen; und wenn er nur am 20. Mai richtig ankreuzt, wird der Reichstag es schon machen. Die gesunde Wohnung ist ihm schon in der Verfassung zugesichert, die sein Parlament ihm beschert hat, ebenso die Beschäftigung seiner Arbeitskraft bei auskömmlicher Vergütung. Das Streikrecht ist ihm gleichfalls geblieben, er darf nur keinen Gebrauch mehr davon machen. Denn dafür gibt es die Einrichtung des Schlichters, und wenn ein Lohnkonflikt da ist, dann wird Herr Robert Schmidt gerufen, und ein Sozialist fungiert als Unparteiischer zwischen Kapitalisten und Arbeitern und entscheidet, verbindlich wie er ist, in einem verbindlichen Schiedsspruch, daß es besser ist, ein paar tausend Proletarier verrecken jährlich mehr, als daß die Dividenden der großen Aktiengesellschaften herabgesetzt werden müßten. Die Richter, unabsetzbar und unfehlbar, haben schon zu Wilhelms Tagen bewiesen, daß sie Staatsbewußtsein haben, und das Parlament wird weiterhin dafür sorgen, daß sie nicht durch die Kritik ihrer Opfer nervös gemacht werden. Ein neues Strafgesetzbuch wird ohnehin der Kritik der begehrliehen Masse den lang erforderlichen Riegel vorschieben. Eine Amnestie wird Gnade vor Recht ergehen lassen und allen denen die Freiheit schenken, deren Strafzeit abgelaufen ist, und alles kommt nur darauf an, daß die maifeiernden Arbeiter erkennen, wer die bezauberndste Maske vorm Gesicht trägt und wer am geeignetsten ist, dem andern die Maske herunterzureißen. Sozialdemokratische Arbeiter, wählt kommunistisch! Kommunistische Arbeiter, wählt sozialdemokratisch! Deutsches Proletariat, schmiede dein Schicksal am 20. Mai und wähle, wie du, wenn du wirst verhungert sein, wünschen wirst, gewählt zu haben.

Der Mai ist gekommen. Die Arbeiter empfangen von rot und schwarzrotgolden drapierten Pulten herab die Ermahnungen ihrer Führer: Vertrauen! Disziplin! Wahrt die Errungenschaften der Demokratie und wählt die Männer, die euch schon immer von Sieg zu Sieg geleitet haben! Es lebe der 1. Mai! Es lebe der 20. Mai! Macht Gebrauch von euerm einzigen Recht, das euch die Verfassung gewährleistet ... Auch die Herren Ehrhardt, Hugenberg und Claß beabsichtigen, von der Verfassung Gebrauch zu machen. Sie wetzen schon den Artikel 48.

## Vergleichende Revolutionsgeschichte

Im vergangenen Jahr hat in der anarchistischen Presse eine Diskussion über den Wiener Aufstand vom 15. Juli 1927 stattgefunden. Leider war die Diskussion nicht sehr fruchtbar, da sie sich zum Teil zu sehr in unwesentliche Einzelheiten verlor, zum andern Teil starr auf einem gewaltlosen Standpunkt verharrte (Pierre Ramus). Um die Auffassung Ramus' richtig zu beurteilen, müßte man eine genaue Analyse der Wiener Vorgänge vornehmen, die man aber nur durch aktive Teilnahme so gut kennen kann, wie es nötig wäre. Es bleibt also nur übrig, Ramus' Theorie nicht nur durch die Ergebnisse des Wiener Aufstandes, sondern ganz allgemein an Hand einer Art vergleichender Revolutionsgeschichte zu prüfen. Die Ereignisse selbst werden als bekannt vorausgesetzt.

Pierre Ramus hat einmal die Waffenanwendung bei der Revolution als „veraltet“ bezeichnet. Was soll das heißen? Doch nur zweierlei: Entweder ist die Taktik der bewaffneten Revolution soziologisch überholt, d. h. die Art der jetzigen Klassenschichtung und des Klassenkampfes (Proletariat gegen Bourgeoisie) verbietet die Anwendung der militärischen Mittel, mit denen das Bürgertum sehr wohl über den Feudalismus siegen konnte. Oder diese Taktik ist durch die Fortschritte der Waffentechnik, durch Giftgas, Flammenwerfer, Tanks erledigt. Beide Behauptungen sind falsch.

In militärischer Beziehung war es schon von jeher so, daß die Staatsmacht besser bewaffnet war als das Volk. „Das Heer ist organisiert, ist in jeder Stunde beisammen, ist trefflich diszipliniert und in jedem Augenblick bereit, auszurücken; die in der Nation ruhende Macht, wenn sie auch in Wirklichkeit eine unendlich größere ist, ist nicht organisiert ...“ So sagte sehr richtig Lassalle (Ueber Verfassungswesen, 1862). Es war schon zu Zeiten der bürgerlichen Revolution nicht die Ueberlegenheit an technischen Mitteln, die Zahl der Kanonen, Festungen (heute Maschinengewehre, Minenwerfer, Panzerwagen) ausschlaggebend, sondern die Organisation, die Disziplin. Und diese, sowie stete Uebung, Bereitschaft fehlt auf der Seite der Revolution. Hierin hat Pierre Ramus ganz recht, wenn er sagt, daß „auf die Dauer kein Krieg mit einer Freiwilligenarmee zu führen ist“. (E. u. B. 1926 Nr. 8—13 „Die Katastrophe der veralteten Revolutionsmethode“.) Aber da bleibt doch die Frage offen, wie nur eine einzige von den vielen Revolutionen der Neuzeit gelingen konnte! Sehr einfach: Eine längere Dauer der Kämpfe, die soeben angenommen wurde, setzt voraus, daß Heer und Polizei und womöglich noch Freiwillige den Revolutionären hartnäckigen Widerstand leisten, d. h. daß die Truppen fest in der Hand der Reaktion sind. Dann ist ihre Disziplin der Tod der Revolutionen.

Die gelungenen Aufstände fanden ohne Ausnahme unter ganz anderen Verhältnissen statt. Bei der großen französischen Revolution, bei den Revolutionen von 1830, 1848, 1870, 1917, 1918 waren stets die Truppen unzufrieden, unzuverlässig, fraternisierten teilweise mit dem Volke, liefen scharenweise davon, so daß nur kleine Trupps erbitterter Reaktionäre übrigblieben, die von der großen Welle einfach überrannt wurden. Das, nur das ist der Sieg der Revolution, wenn die Disziplin der Truppen infolge der allgemeinen revolutionären Gärung zerstört wird. Natürlich wird diese Zersetzung bewußt weitergetrieben, dabei läßt sich auch freiwillige Disziplin auf der proletarischen Seite schaffen, aber in der Hauptsache wird der Sieg des bewaffneten Volkes durch die Desorganisierung des bewaffneten Staates ermöglicht. Also kann die militärische Technik von heute kein Grund für die Annahme sein, daß eine bewaffnete Revolution nur gegen Kanonen, Gewehre und Bastillen möglich war, aber gegen Minenwerfer, Maschinengewehre und Tanks aussichtslos sei.

Prüfen wir die andere Behauptung, daß, wie z. B. Kautsky sagt, militärische Operationen wegen des sozialen Unterschiedes zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution überflüssig und schädlich seien. Kautsky begründet das etwa so: Die Demokratie sei ein getreues Barometer der Volksstimmung, und wenn die Kapitalisten sähen, daß die Mehrheit der Wähler gegen sie sei, brächten sie nicht mehr den Mut auf, ihre Position zu behaupten. Nur der Absolutismus, der kein „Barometer“ oder „Sicherheitsventil“ hatte, sei dazu verurteilt gewesen, durch Explosionen zugrundezugehen, die man dann bürgerliche Revolutionen genannt habe. — Das ist alles Unsinn. Zunächst gibt es überhaupt keine strengen Scheidungen zwischen bürgerlichen und proletarischen Revolutionen, sondern auf die rein bürgerlichen folgen die halbbürgerlichen, die kleinstbürgerlichen Revolutionen, die Revolutionen des Proletariats mit bürgerlich-politischen Zielen und Ergebnissen, bis vielleicht einmal rein proletarische Revolutionen kommen werden. Auch bei ihnen wird es noch bürgerliche Revolutionäre geben. Weiter ist das mit dem „Barometer“ einfach Geschichtsfälschung. Vor der französischen Revolution wußte man ganz genau, daß man auf einem Vulkan lebte, Bauernaufstände waren an der Tagesordnung; in Rußland war vor dem Sturz des Zarismus auch einiges vorgekommen, was nicht wie Liebe zum Väterchen Zar schmeckte; in Deutschland hatte es vor 1848 einen Heine, eine demokratische Presse, Burschenschaften usw. gegeben. Umgekehrt wußte 1923 unter dem deutschen Parlamentarismus niemand genau, wie stark die revolutionäre Bewegung seit den Reichstagswahlen von 1920 geworden sei, bis man sich im Mai 1924 über die Millionen kommunistischer Stimmen wunderte, die man hier vielleicht als einen gewissen Gradmesser der revolutionären Stimmung ansehen kann. Also gibt auch die Demokratie mit ihren langjährigen Wahlperioden keinen Aufschluß über die Stärke der revolutionären Bewegung, und

es fällt daher nie einer herrschenden Klasse ein, ohne bewaffneten Widerstand nachzugeben und zu verschwinden.

Man könnte hier noch einwenden, daß das Proletariat den Kapitalismus nur durch seine wirtschaftliche Tätigkeit aufrechterhält und ihn also auch nur durch deren Entziehung oder Verwendung für sich selbst stürzen könne. Aber auch der Handwerker, Bauer und Bürger in den bürgerlichen Revolutionen hatte das ganze wirtschaftliche Leben in der Hand und mußte sich trotz der Enteignung der Schmarotzer bewaffnen, um die „Kavaliere“, die „Vendee“, das Militär niederzuschlagen. Hiermit ist die Behauptung von der „veralteten“ Revolutionsmethode zurückgewiesen, und wir haben den gewaltlosen Standpunkt rein taktisch zu prüfen.

Pierre Ramus hat öfters gesagt, die Soldaten der Gegenrevolution seien „in überwiegender Mehrheit Arbeiter und Bauern“, die durch den Anblick der restlos glücklichen sozialistischen Gesellschaft für die Revolution zu gewinnen seien, nicht aber durch militärische Methoden. Man solle sich also nur mit positiver Aufbauarbeit in der Revolution befassen, und nicht mit der militärischen Bekämpfung der Gegenrevolution, was nur ein Bruderkampf zwischen Arbeitern bedeute. Wie steht es damit? Als im Mai 1919 die oberbayerischen Bauern von ihren Bergen herunterstiegen, grimmig, schwer bewaffnet, in ihren „heiligsten Gefühlen“ durch die Ausrufung der Räterepublik in München verletzt und fest entschlossen, sie zu vernichten, da war München bereits von den Robbach- und Ehrhardt-Leuten „erobert“, den ehemaligen Baltikumern, die Weihnachten 1918 bis Anfang 1919 Berlin „beruhigt“ hatten, dann im Ruhrgebiet „geordnete Zustände“ schufen und nun nach München kamen. Wer waren diese Leute? Waren es „in überwiegender Mehrheit Arbeiter und Bauern“? Nein, es waren hauptsächlich Studenten, ehemalige Offiziere, Kleinbürger, deklassierte Abenteurergestalten, Leute, die am Kriege Geschmack gefunden hatten. Es war keine Hoffnung, sie unschädlich zu machen, außer sie zu schlagen, zu entwaffnen, und sie ihren Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen zu lassen. Auch in Rußland gab es etwas Ähnliches. Unter Denikin kämpften ganze „Offiziersregimenter“. Und sie waren die tapfersten; ihre Herrschaft war ja in Gefahr. (Siehe Arschinoff: Die Machnobewegung.) Für die Revolution zu gewinnen sind solche Elemente nicht. Gewiß sind in den Heeren der Gegenrevolution auch Arbeiter, wenigstens zu Anfang. Aber im Laufe der Revolutionen klären sich die Klassenfronten relativ schnell, der Rest aller alten und rückschrittlichen Mächte sammelt und bewaffnet sich und muß schnell vernichtet werden. Noch immer gilt der Satz Rosa Luxemburgs, daß eine Revolution schnell vorwärtsstürmen müsse. Je schneller die Gegenrevolution entwaffnet, niedergeworfen, enteignet ist — gleich mit welchen Mitteln —, desto mehr ist die Revolution gesichert, desto schneller kann der sozialistische Aufbau beginnen.

Natürlich wird das Proletariat bei seiner Revolution die wirtschaftlichen Kampfmittel benutzen, wie ja auch schon in bisherigen proletarischen Aufständen der Generalstreik, die Sabotage, die Fabrikbesetzung eine große Rolle spielten. Aber gegen eine Truppe aus Bourgeois, die mit den Machtmitteln der modernen Kriegstechnik ausgerüstet ist, richten solche Mittel allein nicht viel aus. Die Arbeiter werden von derselben Kompagnie Soldaten aus einer Fabrik nach der andern vertrieben; Sabotage wird durch sorgfältige Ueberwachung und durch Erschießungen verhindert; einen Teil der Streikenden treibt der Hunger zur Arbeit, denn die bewaffnete Macht beschlagnahmt alles, was sie braucht, für sich. Die Propagandisten werden eingesperrt, Zeitungen und Versammlungen verboten, und schließlich verlöscht das revolutionäre Feuer, auch wenn es von der Erinnerung an die Freiheit und den Aufbau vor der Besetzung genährt wird. Wir kennen diesen Gang der Dinge nur zu gut aus den Oktobertagen 1923 in Sachsen und Thüringen. Im Frühjahr 1924 konnte dann der Belagerungszustand aufgehoben werden, die Reichswehr zog ab, es waren wieder „normale Zeiten“. Ich bin deshalb der Ansicht, daß es verfehlt ist, die Truppen der Gegenrevolution in ein revolutionäres Gebiet einmarschieren zu lassen, wenn die Aussicht besteht, sie zu vernichten.

Allerdings fehlte in Sachsen und Thüringen jenes Moment, das Pierre Ramus für so wichtig hält: die vorangegangene Verwirklichung des Sozialismus. Aber kann denn der Sozialismus in so kurzer Zeit, wie sie in einer Revolution zur Verfügung steht, vollständig durchgeführt werden? Pierre Ramus zweifelt selbst daran (Fr. Arb. 1927, Nr. 48), ohne daraus Konsequenzen zu ziehen.

Anders verhielt es sich mit der Durchführung revolutionärer Forderungen bei bürgerlichen Revolutionen. Die soziale Veränderung, welche die große französische und die russische Revolution so wirksam und widerstandsfähig gemacht hat, war die Aufteilung des Großgrundbesitzes. Das war eine schnelle, offensichtliche und wirksame Hilfe für die armen Bauern, die infolgedessen begeistert und opferbereit für die Revolution eintraten. Wie liegen die Dinge hingegen bei der Sozialisierung der Produktion und Konsumtion in einem industriellen Lande? Die moderne Weltwirtschaft ist ein komplizierter Mechanismus, der nicht sofort vom Profitinteresse auf Plan- und Bedarfswirtschaft umgestellt werden kann. (Diese Tatsache bildet für Kautsky einen der Hauptgründe, den Bürgerkrieg abzulehnen. Er meint, dadurch komme jener komplizierte Apparat in Verwirrung, und wir müßten alle verhungern, wie Rußland gezeigt habe. Der einfache Produktionsapparat des 18. Jahrhunderts habe solche Püffe vertragen, aber heute — nein! Das ist natürlich echt Kautskysche Sophistik. Paris hat von 1789—93 mindestens ebenso gehungert wie 1871 oder wie Berlin und Moskau 1918-19. Die Unruhen unterbrachen die Arbeit, ob es nun die des Handwerkers und Bauern oder die des Proletariats war.) Es braucht Jahre angestrengtester Tätigkeit, um

die sozialisierte Wirtschaft so auszugestalten, daß die Vorteile für die schaffenden Massen deutlich sichtbar sind. Wird der Proletarier, der während der Revolution unter Mangel, besonders an ausländischen Produkten leidet, dem ganz neue Funktionen übertragen werden, der eine neue, strenge, ethische Haltung, ein soziales Verantwortlichkeitsgefühl entwickeln soll, heroisch und ausdauernd sein? Wird er imstande sein, längere Zeit unter Entbehrungen und Bedrohungen einen Gesellschaftszustand aufzurichten zu helfen, der sich erst später günstig für ihn auswirken kann? Wenn wir die Schwungkraft bisheriger bürgerlicher und proletarischer Revolutionen vergleichen, so finden wir, daß die der ersteren unvergleichlich größer war. Die Aufwärtsentwicklung der französischen Revolution dauerte 5 Jahre, die der russischen, die hier als hauptsächlich bäuerliche betrachtet werden kann, 4 Jahre (bis zur NEP), die der deutschen von 1918 bestenfalls 2 Tage; als Scheidemann in Berlin die Republik ausrief und Noske seine Ehrhardtgarde sammelte, war sie nur noch zu einigen schnell unterdrückten Zuckungen fähig. (Januarkämpfe, Räterepublik, Hoelz usw.) In Deutschland war das Proletariat eben durch die Revolution wirtschaftlich noch um nichts gebessert, deshalb war nach dem Mißlingen der ersten Kämpfe auch keine Schwungkraft mehr vorhanden.

Es ergibt sich aus alledem, daß in erster Linie die Reaktion auf allen Gebieten, militärisch, politisch, wirtschaftlich schnell niedergeworfen werden muß, weil nur dann der Aufbau gelingen, ja überhaupt in Angriff genommen werden kann.

Es bleibt noch zu untersuchen, ob die bisherigen mehr oder weniger proletarischen Aufstände und Revolutionen die Neigung zeigen, das militärische Mittel durch das wirtschaftliche überflüssig zu machen und zu ersetzen. Sind denn die proletarischen Aufstände der Kommune, der deutschen Revolution von 1918, der italienischen Bewegung von 1920 unblutiger verlaufen als die großen bürgerlichen Revolutionen? Nein! Gewiß tritt bei den neueren Revolutionen auch der Generalstreik als Waffe auf (1905, 1917, 1920), aber niemand wird behaupten, daß die Anwendung des „letzten Mittels“ deshalb zurücktrete. Die italienischen Metallarbeiter besetzten im August 1920 nicht nur die Fabriken, sondern hoben auch Schützengräben aus (M. Nettlau, Errico Malatesta S. 165); die Kappregierung dankte wohl wegen des Generalstreiks ab, aber die Kappformationen in den Provinzen mußten erst durch blutige Kämpfe niedergeschlagen werden. Wir können jede beliebige proletarische Erhebung betrachten — keine konnte die bewaffnete Gegenrevolution nur durch Anwendung wirtschaftlicher Kampfmittel besiegen oder versuchte es auch nur allein damit. Der Instinkt der Arbeiter weiß, daß der Einmarsch der Weißen das Ende der Revolution ist, und daß diese also sofort vernichtet werden müssen.

Zwei Einwänden gegen diese Folgerung soll hier gleich begegnet werden. Man könnte sagen, daß die genannten proletarischen Er-

hebungen noch einen bürgerlichen oder bäuerlichen Charakter trugen und daß die wirklich proletarischen Revolutionen der Zukunft ganz anders aussehen werden. Das ist aber falsch. Zunächst wird es, wie erwähnt wurde, immer eine kleine Schicht bürgerlicher Revolutionäre geben. Weiter haben in den genannten Erhebungen stets die Arbeiter die Führung gehabt, ganz gleich, wie stark sie zahlenmäßig waren. Drittens gab es auch einige Aufstände, die ganz von Arbeitern gemacht wurden: der mitteleuropäische Aufstand 1921, der Hamburger Aufstand 1923. Und diese haben gar nicht auf die Waffen verzichtet. Im Gegenteil.

Als zweiten Einwand machte Pierre Ramus geltend, daß der Schwerpunkt der russischen Oktoberrevolution doch die Landteilung gewesen sei, daß dieser Akt im allgemeinen unblutig verlaufen sei, und daß damit also die Gewaltmethode erledigt sei. Diese Beweisführung ist sehr merkwürdig. Wie hätten die Bauern das Land nehmen können, wenn nicht vorher das Heer durch den Krieg zerstört worden wäre? Wie hätten sie es behalten können, wenn die Denikin und Koltschak nicht besiegt worden wären? Weiß Ramus nicht, daß Denikin hauptsächlich durch Bauernaufstände in seinem Rücken (unterstützt und allgemein gemacht durch Machno) geschlagen wurde, und daß diese Aufstände dadurch hervorgerufen wurden, daß Denikin den Bauern das Land wieder nahm, dessen Besitz er ihnen zuerst notgedrungen hatte garantieren müssen?

Nun sagt Pierre Ramus noch, daß die Hauptgefahr der militärischen Betätigung für den Anarchismus darin liege, daß er „absurde Methoden“ anwenden müsse, die den Anarchismus selbst vernichten. Das Militärische bringe Disziplin, Unterordnung, Zwang mit sich, was schließlich die Errungenschaften der Revolution wieder aufheben müsse. Sicher ist daran etwas Wahres. Aber eine proletarische Revolution wird nicht, wie z. B. die große französische Revolution, lange Kriege führen, sondern wird die Waffen nach der Niederwerfung der Reaktion weglegen, weil das Proletariat kein Interesse an nationaler Vorherrschaft, sondern an internationaler Verständigung hat. Die verhältnismäßig kurze Zeit, die die bewaffnete Revolution in Anspruch nehmen wird, kann keinesfalls den Charakter der proletarischen Erhebung verändern.

Nur bleibt natürlich noch die Frage zu beantworten, warum denn die meisten proletarischen Aufstände besiegt wurden, wenn ihre Taktik im Prinzip richtig war. Meiner Ansicht nach sind hierfür zwei Hauptgründe verantwortlich zu machen. Erstens die geistige Unklarheit des Proletariats selbst, die durch die Umstände bedingt war, unter denen sich die meisten Arbeitererhebungen abspielten. Zweitens die Tatsache, daß sie meist zu spät kamen, als die revolutionäre Welle bereits wieder abnahm. Um das näher zu beleuchten, müssen wir den gewöhnlichen Verlauf derartiger Bewegungen betrachten: die bisherigen proletarischen Erhebungen waren ja fast immer im Gefolge einer bürgerlichen Revolution, die ihrerseits wieder die Folge

irgendeiner Erschütterung der Gesellschaft (durch Krisen oder Kriege) war. Irgendeine halb oder ganz absolutistische Regierung wurde vom Proletariat und dem fortschrittlicheren Teil des Bürgertums gestürzt, das Proletariat vertraute den zur Macht gekommenen bürgerlichen oder scheinbar proletarischen Elementen, die natürlich an alles andere dachten, als an die Vertretung der Interessen des Proletariats. Diese Unklarheit über die Klassenfronten, die wegen der soeben betätigten Kampfgemeinschaft gegen den Absolutismus nur langsam wich, bedingte die Schwäche der zweiten Revolution. Außerdem kam diese meist zu spät. Die neue Regierung hatte sich bereits gefestigt, die revolutionäre Welle war schon im Abebben, deshalb mußten die Kommune, die Münchner Räterepublik, die Machnobewegung zugrundegehen. (Die russische Oktoberrevolution bildet eine Ausnahme, die aber die Regel bestätigt, weil sie sie erprobt. Die Fortführung des aussichtslosen Krieges durch die Kerenskiregierung brachte es mit sich, daß keine Festigung eintrat, sondern daß die revolutionäre Welle nur noch stärker und rascher stieg.) Für Delescluze und Varlin war der Augenblick des Handelns im September 1870 gekommen, als das Kaiserreich zusammenbrach und die Republik mit Thiers und Gambetta noch nicht fest stand. Damals wollte auch Bakunin handeln, in Lyon und Marseille. Aber das Volk sah damals nicht klar genug. Im März 1871 war die Klarheit da, aber nun war der Friede mit Deutschland geschlossen, der Staat gesichert. Die Kommune mußte fallen.

Im November 1918 waren Ebert und Scheidemann große Männer, weil sie die Republik begründeten. Sogar Liebknecht räumte in den ersten Tagen zur Ruhe. Als die Arbeiter von 1919 an erkannten, was für Führer sie sich gewählt hatten, da war es zu spät. Noske und später Seeckt feigten mit dem eisernen Besen ihrer Landsknechtshorden über das Land und unterdrückten alle Regungen des Proletariats. Aehnlich war es mit anderen Arbeiteraufständen, für die genug Beispiele vorliegen. Wenn die Arbeiterklasse einmal Kraft genug haben wird, allein, ohne Unterstützung fortschrittlicher Elemente anderer Klassen, und ohne besonderen politischen Anlaß, sich nur für Arbeiterforderungen zu erheben, dann werden die erwähnten Momente fortfallen, der Sieg wird bei Einsetzung aller Kräfte und aller Mittel sicher sein.

G. Berg.

## Selbstjustiz

Brave Olga Benario! Liebe, tapfere Genossin! Laß dir im Geiste die Hände drücken in der Hoffnung, es bald auch in Wirklichkeit tun zu können. Laß uns dir danken für deine Entschlossenheit, deine Kühnheit, deine besonnene Tatkraft und für das Werk, das deiner Liebe und deiner revolutionären Willenskraft im Bunde mit treuen, der proletarischen Sache ergebenden und aufopferungsfähigen Kameraden gelungen ist. Was ihr unternommen und durchgeführt habt, hat noch Schöneres bewirkt, als daß der fletschenden Bestie der Klassenjustiz ein Opfer aus dem gierigen Rachen gerissen wurde,



— es hat seit langer, langer Zeit zum ersten Male wieder bewirkt, was mehr wert ist als alle handgreifliche Nützlichkeit: daß Proletarier und Proletarierinnen, in Sorgen vergräme Menschen, deren Kummer nicht nur in materieller Not wurzelt, sondern mehr noch in der Verzweiflung über die fast hoffnungslose Zerrissenheit des revolutionären Teiles der Arbeiterschaft, — daß die den Kampf ersehnenen Klassengenossen aller Richtungen und Lehrmeinungen von Freude glühten und einander in strahlende Augen lachten. Das Urteil in Sachen Otto Braun ist gesprochen. Es lautete auf Niederschlagung des Verfahrens bei sofortiger Freilassung des durch die Namensgleichheit mit dem preußischen Ministerpräsidenten für alle früheren und künftigen Sünden hinlänglich bestrafte Genossen Braun und seine, der Genossin Olga und aller Beteiligten Stellung unter die sorgende Aufsicht des mit ihnen solidarischen Proletariats bis zum Erlaß der Amnestie durch Reichsgesetz oder — Selbstjustiz. Ihnen allen und dem leider in die Fänge des Feindes geratenen Genossen Carl Philipp, der, obwohl er nichts weiß, zu schweigen versteht, Dank, Gruß und das Gelöbniß freudiger Kameradschaft.

Selbstjustiz! Der „Vorwärts“ weimerte „Wildwest in Moabit“ und schrie — das war der erste Gedanke des Hauptorgans der zu Dreck zerstampften Partei, die einmal Objekt des Sozialistengesetzes gewesen ist — nach stärkeren Sicherungen der deutschen Gefängnisse gegen die Freiheitsgelüste proletarischer politischer Gefangener. Der Oberreichsanwalt aber beauftragte den sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten, ein Preisausschreiben an den Litfaßsäulen zu erlassen, das für die Wiederbeschaffung der verloren gegangenen Kommunisten 5000 Mark aus den von den Steuerzahlern herausgeholt Schweißabgaben aussetzt. Das ist viel Geld, mehr als man gemeinlich für die Dingfestmachung von Lustmördern oder sonst die Gemütlichkeit bedrohenden Individuen springen läßt. Aber Vater Staat, der eben 80 Millionen für einen Panzerkreuzer zu Deutschlands Ehr und Wehr gelockert hat, kann sich's trotzdem leisten, gegen Denunzianten und käufliche Kreaturen, die sich für bares Geld zu Verrätern an Kameraden hergeben möchten, nobel zu sein; er hat's, wobei das christkatholische Zentrum die Entscheidung gab, bei den Speisungen armer Kinder herausgespart.

Eigentlich ist die Ausschreibung von Kopfprämien eine behördliche Anerkennung des Prinzips der Selbstjustiz. Der Staat, der sich jede private Briefträgerei als Durchbrechung seines Postmonopols verbittet, indem er sich durch Strafgesetze dagegen sichert, der Staat, der noch empfindlicher auf jeden privaten Versuch reagiert, seiner Geldmünzerei Konkurrenz zu machen, dieser selbe Staat spekuliert auf die trübsten Instinkte des Kleinbürgers, der auch einmal Macht bekunden möchte, und bietet ihm noch Geld an, wenn er sich zu freiwilligen Polizeidiensten bereit zeigt. Dabei gilt doch gerade das Polizeimonopol des Staates als das Fundament aller öffentlichen Sicherheit, und wenn sich etwa mal eine Abteilung Roter Frontkämpfer gegen Stahlhelm-Ueberfälle selber ihrer Haut wehrt, statt Zörgebels privilegierte Gummiknüppel-Garde herbeizutelephonieren, dann langt Herr v. Keudell getrosten Mutes in den Himmel und holt herunter seine ewigen Rechte, die droben hängen unveräußerlich, und ersucht die Kollegen von den Ländern, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten. Die Auslobung der 5000 Mark aber belehren doch darüber, daß die ewigen Rechte der hohen Polizei von ihr selber für veräußerlich gehalten werden; den, der sie bei passender Gelegenheit einmal benutzen will, bezahlt sie sogar dafür. So hält sie es bei Posträubern, Kindermördern und Kommunisten, wenn man sich auch nicht erinnert, daß sie etwa bei der Suche nach dem Begründer

des Meuchelmörderbundes O. C., Herrn Kapitän Ehrhardt, oder der Beireitung des Leutnants Vogel, der sich ja nur an der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs beteiligt hatte, oder sonst bei der Bemühung, nationale Erneuerer einzufangen, Geld verschleudert hätte.

Es ist bedauerlich, daß der Staat seine Monopole nur durchbrechen läßt, ohne seine monopolisierte Justiz zu bemühen, wenn er mit der Abtretung amtlicher Rechte an Private den Zweck der Korrumpierung des Kleinbürgers verbindet. Schon vor 15 Jahren (KAIN, Mai 1913) schrieb ich gegen „die amtliche Erziehung des Publikums zur freiwilligen Polizei: An allen Bahnhöfen, und an jeder Anschlagtafel kleben Wische, auf denen Belohnungen ausgeschrieben sind für die Ergreifung irgendeines Ausgeglittenen. Im Inseratenteil jedes Winkel- und Witzblattes finden sich Steckbriefe, in denen den Lesern Geldprämien zugesichert werden, wenn sie mit Glück Häscherdienste verrichten können. Die Bereitschaft, für Geld Spitzel zu spielen, wird also bei jedem Menschen vorausgesetzt, und das Bewußtsein, welche haarsträubende Zumutung darin liegt, scheint im ethischen Empfinden der Massen garnicht anzukommen . . . Solange aber die Ansicht nicht Allgemeingut ist, daß Vertrauensbruch und Verrat infam sind, gleichviel, gegen wen sie geübt werden, solange wird man sich nicht wundern dürfen, wenn sich jeder Scheißkerl berechtigt glaubt, mit Treu und Glauben seiner Nebenmenschen Schindluder zu treiben.“ Das aber gab es 1913 wohl noch kaum, daß im Falle einer rein politischen Strafverfolgung für die Wiedereinbringung eines „mit Waffengewalt“ — will sagen: mit Vorhaltung ungeładener Pistolen — nach eineinhalb Jahren Untersuchungshaft befreiten Gefangenen und seiner Befreier die Willfährigkeit zum Achtgroßenjüngendienst bei jedem Klassengenossen der Gesuchten angenommen worden wäre, wenn nur der angebotene Preis für die gewünschte Lumperei den gewöhnlichen Lockspitzeltarif entsprechend überstiege. Schon daß die Polizei für die Ergreifung von Mördern und Räubern Geldpreise aussetzt, zeigt a, daß sie dem inneren Antrieb des sittlichen Staatsbewußtseins im Publikum kein sehr großes Vertrauen schenkt; wäre das Pflichtgefühl im Publikum wach, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftseinrichtungen Verüber der im Gesetzbuch als Verbrechen designierten Handlungen nicht frei herumlaufen dürfen, dann bedürfte es ja nicht erst des Seelenkaufs, um den dressierten Polizeihunden beim Aufschnüffeln verdächtiger Fährten die Mithilfe jedes Staatsbürgers zu sichern. Die Polizei, zumal seit sozialdemokratische Funktionäre die Spritze bedienen, die jeglichen Funken des Temperaments und gar des Zornes über Unrecht und Unterdrückung zu löschen bestimmt ist, hat viel besser erkannt, als die Mehrzahl der Proletarier, daß Dienst am Staate keineswegs der natürliche Drang derer ist, die sich seufzend zwingen lassen, den öffentlichen Apparat zu ernähren, und daß nur die erbärmlichste Geldgier die Gleichgültigkeit der Durchschnittsmenschheit überwinden und sie bereit machen kann, dem staatlichen Greiferhandwerk das Monopol streitig zu machen. Die mit hohen Dotierungen gespickte öffentliche Auslobung des Menschenfangs spiegelt dem Publikum vor, es müsse angesichts unerträglichen Rechtsbruches der Monopoljustiz des Staates durch freiwilliges Schergentum, also durch helfende Selbstjustiz, beispringen. In Wirklichkeit wird von der Behörde selbst die Geneigtheit des Publikums, Selbstjustiz lediglich als Beihilfe zur Staatsjustiz zu üben, so niedrig eingeschätzt, daß man des Mittels schmählicher Geldkorruption bedarf, um dem beleidigten Rechtsempfinden der Allgemeinheit wegen der Verletzung staatlicher Satzungen überhaupt erst das Gefühl beleidigt zu sein, bewußt zu machen. Werden Otto Braun, Olga Benario und die Helfer beim Befreiungswerk wirklich noch gefaßt — der „Vorwärts“ klafft allen

Prämienlüsternen zu: sucht Wannsee ab, Köslin, Magdeburg! 5000 Mark liegen auf der Straße nach Moabit und Leipzig! —, dann wird der Staat das ihm von den Steuerzahlern anvertraute Geld als Belohnung für eine Selbstjustiz auszahlen, die aus ausschließlich gewinnsüchtigen Gründen gegen eine andere Selbstjustiz tätig war, der rein moralische Motive zugrundeliegen. Es lebe der Staat!

Ginge es nicht um Leben und Schicksal von Genossen, die durch ihr herzerfreuendes Tun von der sorgenden Liebe aller der Zukunft ergebene Proletarier umhegt sind, dann müßte man die Bemühung der Behörden, ihre Entrüstung über die Anmaßung des Amtes von Gefängnisaufschließern auf die ganze Bevölkerung zu übertragen, einigermaßen spaßig finden. Wie wenig sie gegen die Selbstjustiz als Beihilfe zur Staatsjustiz einzuwenden haben, beweist die gewohnheitsmäßige öffentliche Aufforderung zu ihr. Es scheint aber auch so etwas zu geben wie Staatsjustiz als Beihilfe zur Selbstjustiz. Oder wie soll man sonst die von der „Welt am Abend“ mitgeteilte und, soweit ich sehen konnte, nicht dementierte, auch innerlich glaubwürdige Tatsache rubrizieren, daß der zum Tode verurteilte und zu lebenslanger Zuchthausstrafe begnadigte Femeleutnant Schulz das für jeden Gefangenen quälendste Problem des Strafvollzugs, das Problem des Sexualhunger, durch das Mittel der Selbsthilfe, was hier etwas andres bedeutet als Onanie, in befriedigendster Weise gelöst hat? Ein Referendar muß dringend wichtige Protokolle mit dem Verurteilten aufnehmen, der seinem Vaterlande so treue Dienste geleistet hat, daß er, was sonst keinem Zuchthausgefangenen bewilligt wird, mit dem Rechtsvertreter ohne Aufsicht von Beamten allein gelassen wird, — allein, wenn man von der jungen hübschen Stenotypistin absieht, die das Technische bei dem Besuch zu besorgen hat. Nun ja, der Referendar setzt sich mit der Rückseite zu Schulz, das Fräulein mit der Vorderseite, und das Technische wird zufriedenstellend erledigt. Es gibt bekanntlich Leute, die mit dem Einwand, es sei unmöglich, den Feme-Schulz mit den proletarischen politischen Gefangenen auf eine Stufe zu stellen, die Amnestie verhindert haben. Sie haben ihren Willen bekommen: kein Mensch stellt die beiden Kategorien von Verurteilten auf dieselbe Stufe, — am wenigsten die Behörde, die die Gelegenheit zur sexuellen Selbstjustiz mindestens durch Augen-Zudrücken (was sich bei dem Vorgang ja auch gehört) ermöglicht hat.

An Selbstjustiz mit Hilfe der Obrigkeit waren die Herren Fememörder ja aber von jeher gewohnt. Im neu aufgerollten „Weltbühne“-Prozeß sind zwar die Herren v. Ossietzky und Jacob-Salomon wieder verurteilt worden; dennoch darf man jetzt wohl als offiziell festgestellt wiedernolen, daß die Abschlichtungen der verdächtig gewordenen Soldaten der Schwarzen Reichswehr nichts andres waren als die Vollstreckung einer Selbstjustiz, hinter der zwar nicht die staatliche Monopol-Justiz, wohl aber Organe des staatlichen Monopol-Militärs als stille Dulder, juristisch gesprochen: Begünstiger, gestanden haben. Herr Schulz als Zeuge, dem nichts mehr passieren kann, hat das mit so nachdrücklicher Betonung deutlich gemacht, daß andre Zeugen, wären sie auch nur republikanischer Sympathien verdächtig, längst unter Meineidsbeschuldigung in Untersuchungshaft säßen, aus der nur verbotene und mit hohen Preisaussetzungen für Spitzel-Amateure bedrohte Selbstjustiz sie vorzeitig wieder herausbrächte. Zugleich enthüllt sich die Selbstjustiz der Arbeitskommandos im Stettiner Prozeß als Mordaktion mit monopol-geschützten Hintermännern, und wenn, wie das ja neuerdings Uebung geworden ist, die ausführenden Kuli wieder zum Tode verurteilt werden sollten, dann werden wir sie in unsre Amnestie-Forderung genau so einschließen, wie alle andern, die in politischen Zusammenhängen

unter den Schinderkarren der Themis geraten sind. Bei dieser Gelegenheit möchte ich nämlich nicht verfehlen, einmal den entsetzt die Hände ringenden Genossen mehr oder weniger roter Couleur aufs allerklarste zu bekennen, daß ich mich über das Prinzip einer politischen Verschwörer-Organisation „Verräter verfallen der Feme“ nicht gar so schrecklich ent-rüsten kann. In der Vorgeschichte der russischen Revolution hat es eine ganze Menge von Fällen derartiger Selbstjustiz gegeben; Bakunin — von Netschajew gar nicht zu reden — hat in seinem Aufruf an die revolutionären Offiziere der zaristischen Armee ausdrücklich die Anweisung gegeben, unzuverlässige Elemente zu beseitigen. Man kann die Zweckmäßigkeit solcher Anweisungen in Zweifel stellen, nicht aber ihren Charakter als Mittel poli-tischer Selbstjustiz. Man höre auch endlich auf mit dem Geschrei über die rohen Formen der Ermordung von Schwarzen Reichswehrosoldaten. Man kann für die Todesstrafe sein oder dagegen; man kann — dies ist die Auf-fassung, die im FANAL geteilt wird — zu allernächst gegen das Monopol des Staates auf das Umbringen von Menschen sein; man kann endlich grundsätzlich für oder gegen individuellen Terror sein; aber man macht sich lächerlich, wenn man die Selbstjustiz unter gewissen Voraussetzungen anerkennt und dabei greint: Morde human!

Bitte sehr, dies alles ist keine Sympathieerklärung für die nationalistischen Landsknechte innerhalb und außerhalb der Zuchthäuser. Es ist die einfache Feststellung, daß der sehr begründete Haß gegen sie leider bei vielen Revolutionären auf ein verkehrtes Geleise geschoben ist. Der Stettiner Angeklagte Heines geht die Proletarier nicht deswegen etwas an, weil er irgendeinen andern Proletarierfeind namens Schmidt abgemurkst hat, sondern deswegen, weil er an unzähligen Schandtaten gegen das revo-lutionäre Proletariat führend und mit brutaler Gehässigkeit teilgenommen hat. Die Schurkereien dieser Kerle im Jahre 1919, 20, 23 und bei jeder sich bietenden Gelegenheit zwischendurch waren keine Akte der Selbstjustiz, sondern Haßorgien im Klassenkrieg, für die der auf dem Klassenkampf gegen das Proletariat basierende Staat den größten Teil der Verantwortung trägt. Von diesem selben Staate verlangen, er müsse die Feinde des Proletariats verfolgen, bestrafen, einerkern, weil sie außer ihren Ruchlosigkeiten gegen die revolutionäre Arbeiterschaft untereinander nicht wie die Täub-chen gelebt haben, heißt dem Staat in der Auffassung recht geben, daß nur er sie kraft seines Justizprivilegs verurteilen dürfe und zwar nur für die Verbrechen, deren Ruchbarwerden einige Staatsinteressen lädiert hat. Für ihre Morde an Klassengegnern hat der Staat sie nie verfolgt; für die Organi-sierung der Selbstjustiz im lieben Familienkreise braucht er sie von uns aus nicht zu verfolgen, soll sie aber amnestieren, da sie mit zahllosen Ver-günstigungen unsern gefangenen Genossen vor den Zellentüren sitzen und ihnen den Weg ans Licht versperrten.

Da die Sozialdemokraten und das Zentrum diejenigen waren, die aus Entrüstung über die Fememorde die Amnestie für die proletarischen Gefangenen sabotiert haben, seien einige Tatsachen in Erinnerung gebracht, mit denen der Münchener Hitlermanne Dr. Frick am 13. März im „Völkischen Beobachter“ aufwartete. Sie zeigen, daß unsre schwarzen und roten Goldkinder sich von der Selbstjustiz, auch wenn sie sich nicht auf die Befreiung eines eingesperrten Kommunisten beschränkt, sondern direkt das Monopol des Scharfrichters durchbricht, nicht immer mit so heftigem mora-lischem Entsetzen abkehrten. Frick bekundet, daß „in Oberschlesien in den Jahren 1920—23 von insgesamt 160 Fememördern nicht weniger als 200 Femegerichte abgehalten wurden, und zwar im amtlichen Auftrag des aller-

ehristlichsten Zentrumsmannes Dr. Spiecker, damals Reichskommissar für das oberschlesische Abstimmungsgebiet, des Sozialdemokraten Zimmer, heute noch Oberpräsident in Breslau, und des Sozialdemokraten Ernst, früher Polizeipräsident in Berlin, dann in Breslau. Spiecker gab seine Aufträge unter Decknamen über die Nachrichtenstelle des Oberkommissars an die Femerichter . . . Aber nicht nur auf Oberschlesien beschränkten sich diese amtlichen Fememorde. Sie kamen auch im Ruhrgebiet während des französischen Ruhreinbruchs vor. So wurde der Kommunist Sünder in Essen im engsten Zusammenwirken mit dem Polizeipräsidenten von Essen „erledigt.“ Herr Dr. Frick war zu der Zeit dieser Vorgänge die rechte Hand des Münchener Polizeipräsidenten Pöhner, und beide standen als Mitangeklagte im Hitlerprozeß vor den höflichen Richtern in der Infanterieschule. Dr. Frick hat damals erklärt, die Polizei in München habe es sich zur Aufgabe gemacht gehabt, die Nationalsozialisten in ihren weitgesteckten politischen Plänen förderlich zu unterstützen. Er muß also recht genau Bescheid wissen. Aus den oberschlesischen Grenzschutzverbänden aber kam, wie der Oberleutnant Schulz wiederholt angegeben hat, das System der Selbstjustiz zu den von der Reichswehr aufgezogenen Arbeitskommandos im Küstriner Bezirk. Die Feme der Schwarzen Reichswehr ist also ein direkter Abkomme der von Klerikalen und Sozialdemokraten amtlich betreuten Umlegegerichte in Schlesien und an der Ruhr. Zentrum aber und Sozialdemokratie verabscheuen jede Selbstjustiz in so hohem Maße, daß ihre Sühne die Fortsetzung der Qualen Hunderter von Opfern der staatlichen Monopoljustiz wert ist.

Was die staatliche Monopoljustiz selbst anlangt, so ist es mitunter schwer zu glauben, daß nicht auch sie schon ein Organ der Selbstjustiz bestimmter politischer Bestrebungen sei. Der Prozeß gegen die 7 Hakenkreuzer wegen des Ueberfalls von 600 Nationalisten auf ein paar unbewaffnete Musiker des Roten Frontkämpferbundes hat diese Zweifel neu gestärkt. Schon daß man nur 7 Mann von 600 unter Anklage stellte! Wären ebensoviele Proletarier die Angreifer gewesen, dann wäre eine jahrelange Serie von Prozessen draus geworden, und zwar in Leipzig, und statt zweieinhalb Jahren Zuchthaus und ein paar Monaten Gefängnis wären Tausende von Zuchthausjahren herausgekommen. Der Vorstoß des Herrn v. Keudell gegen den Roten Frontkämpferbund — unmittelbar nach diesem in rührender Brüderlichkeit geführten Prozeß gegen die Nationalsozialisten, gegen die der Reichsinnenminister kein Verbot verlangt — gehört ebenfalls in das Kapitel Selbstjustiz. Es ist der erste Akt der großen Offensive des Faschismus in Deutschland. Eine ihnen weniger genehme Regierung als die, in der ein aktiver Kappist die republikanische Staatsverfassung zu handhaben hat, werden sich die Wirtschaftsmagnaten nicht wieder gefallen lassen. Sie haben dagegen das Mittel der Selbstjustiz, im politischen Wörterbuch Staatsstreich genannt, und der Artikel 48 der Reichsverfassung, kommentiert von den Herren von der Pfordten und Justizrat Claß, ermöglicht den Keudells und Ehrhardts sogar die Paragraphierung der Selbstjustiz zu einer Form, die sie im Handumdrehen zur staatlichen Monopoljustiz macht.

Es gibt nur ein Mittel gegen die Selbstjustiz der Reaktion — das ist die Selbstjustiz der proletarischen Gegenaktion. Die Selbstbefreiung eines einzigen Revolutionärs mit Hilfe entschlossener Kameraden und mit dem herrlichsten Hilfsmittel, der Tatkraft einer liebenden Freundin, die zugleich Genossin ist, hat den gewaltigen Wert des beispielhaften Symbols. Wir haben zwar nicht das Recht, zur Nachahmung des Beispiels aufzufordern, aber das Recht, uns seiner zu freuen, kann uns niemand verwehren. Und

auch das Recht steht uns zu, die Selbstjustiz der Genossen Otto Braun und Olga Benario von der Hoffnung verklären zu lassen, daß wir den Tag noch erleben werden, an dem das Proletariat als Klasse das Mittel der Selbstjustiz begreift und gegen Vergewaltigung und Sklaverei den Weg der Selbstbefreiung beschreitet.

## Faschistische und revolutionäre Aktion

Ein in Mailand explodiertes Dynamit-Uhrwerk hat die schon fast vergessene Tatsache in Erinnerung gebracht, daß sich Herr Benito Mussolini für sein reitzvolles Regime in Italien immer noch als verantwortlichen Redakteur einen König hält. Dieser Nebbich-Monarch deckt mit seinem Namen offiziell jede Schandtat des Faschismus, wie er mit seinem Namen den Massenmord des Tripoliskrieges 1911-12 und die Beteiligung Italiens an der Mordorgie des Weltkriegs gedeckt hat. Es ist also sehr wohl möglich, daß das Mailänder Attentat von proletarischen Revolutionären arrangiert war und daß Mussolinis Behauptung, es handelt sich um einen anarchistischen Anschlag, zutrifft. Es wäre nicht das erste Mal, daß unsre anarchistischen Genossen in Italien versucht hätten, Victor Emanuel ein ähnliches Ende zu bereiten, wie es sein Vater gefunden hat. Eine Kritik an dem Unternehmen stände uns nicht zu, da wir die psychologische Wirkung des Attentats bei seinem Gelingen nicht so klar übersehen können wie diejenigen Kameraden, welche die Aktion organisiert haben mögen und die vielleicht angenommen haben, der gewaltsame Tod des Königs werde das Ende der Diktatur und damit das Ende des ganzen faschistischen Spuks automatisch nach sich ziehen. Gerade die Wahl des staatsrechtlich verantwortlichen Repräsentanten der gesamten politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen des Landes als Opfer des revolutionären Aktes konnte bedeuten, daß das kapitalistische System im ganzen getroffen werden sollte und nicht bloß die besondere Form seiner faschistischen Ausweitung.

Die Meinung vieler Genossen, die Abwesenheit Mussolinis bei dem Ereignis deute darauf hin, daß das Mailänder Attentat als Protest gegen demokratische Neigungen Viktor Emanuels oder aber einfach als Vorwand für neue Repressalien gegen die Anarchisten von den Faschisten selbst veranstaltet worden sei, kann richtig sein, hat aber meiner Ansicht nach nicht sehr viel Stützpunkte in der Wahrscheinlichkeit. Daß der Tötungsversuch ernst war, ergibt sich klar aus der verheerenden Wirkung der Bombe; die Rettung des Königs (dessen bewunderte Gemütsgröße sich dadurch manifestierte, daß ihn die zerrissenen Gedärme der statt seiner Getöteten nicht hinderte, die Ausstellung programmgemäß zu eröffnen und seine lächelnde Miene dabei ausgiebig photographieren zu lassen) dankt er dem Zufall einer geringfügigen Unpünktlichkeit seines Chauffeurs. Das Gelingen des Attentats hätte dem Faschismus zweifellos viele Sympathien beim königstreuen Spießbürgertum gekostet. Die Propagandawirkung für terroristische Arbeiterverfolgungen wäre viel sicherer durch ein neues Scheinattentat gegen den Duce selbst erzielt worden. Man kann höchstens die Möglichkeit annehmen, daß der Kerl den König sterben lassen wollte, um die Bahn frei zu kriegen für den letzten Schlager seiner elenden Blutoperette: den bonapartistischen Staatsstreich. Es würde durchaus zu der Kümmerlichkeit dieses Renegaten passen, wenn er sich an dem Halunkenraum erbaute, die Geschichtsbücher der Zukunft würden berichten: nachdem der letzte König des Garibaldi-Italiens Viktor Emanuel III. das Opfer seiner Schwäche und Unentschlossenheit geworden war, schuf Kaiser Benito I., der Große, durch Einverleibung Albaniens und der ganzen westlichen Balkanküste sowie

durch Rückeroberung der französischen Irredenta das italienische Imperium, das berufen ist, das römische Reich des Faschismus zum Beherrscher der Welt zu machen.

Wir werden die Frage nicht entscheiden, welche Kräfte die Sprengmaschine in den Mailänder Laternenpfahl einbauten. Aber wir haben Ursache, das Geplär der sozialdemokratischen und übrigen Philisterpresse wegen der 18 Toten des Attentats und die Versicherung, jeglicher individueller Terror könne den Faschismus nur stärken und sei laut marxistisch-wissenschaftlicher Erkenntnis abzulehnen, mit einem Fußtritt zur Ruhe zu mahnen. An anderer Stelle dieses Heftes ist schon einiges Notwendige über das Wesen der Selbstjustiz gesagt worden, und seit es geschrieben wurde, hat der Verlauf des Stettiner Fememordprozesses enthüllt, daß auch Leute, die den revolutionären Individualterror voll flennender Entrüstung zurückweisen, den politischen Mord aus reaktionärem Antrieb keineswegs immer verworfen haben. Das Killen von Tyrannen aus revolutionärem Gerechtigkeitsgefühl schätzen sie freilich nur, wenn es im Strahlenkranz der hellenischen Heldengeschichte in den Schullesebüchern die Namen Harmodios und Aristogeiton einpaukt oder im Rhythmus fünfßüßiger Jamben in Schillers Teil-Drama vorgeführt wird. Wenn man sie aber an die Vorgeschichte der russischen Revolution erinnert und die Hinrichtungen Alexanders II., Plehwes oder Sergius' als unvermeidliche und daher stürmisch zu behandelnde Einleitungsakte der Erhebungen von 1905 und 1917 bezeichnet, dann kratzen sie sich schon den Kopf und haben ein halbes Dutzend Einerseits—Andererseits-Bedenken in Vorrat.

Wenn revolutionärer Individual-Terror irgendwo Berechtigung hat, dann in Italien. Eben erst hat sich der faschistische Zentralhenker den Entwurf zu einem neuen italienischen Strafrecht ausarbeiten lassen. Da wird die abgeschaffte Todesstrafe wieder eingeführt und zwar ungefähr in dem Ausmaße, das die Herren Ehrhardt, Claß und Hugenberg zur Sicherung ihres verfassungsmäßigen Direktoriums für die deutsche Arbeiterklasse vorgesehen haben. Verlust der Staatszugehörigkeit, will sagen Verjagung über die Grenzen oder Verweigerung jedes Schutzes der Person im Lande, unbegrenzte Einkerkierung und völlige Enteignung droht bei jeder Tat, die das faschistische Gericht als staatsgefährlich beurteilt. Auf öffentliches Tadeln von Regierungshandlungen oder Regierungsmitgliedern stehen 12 Jahre Zuchthaus. Streik wird bei schwerster Bestrafung verboten, und für Nichtbeachtung einer Arbeitsamts-Entscheidung (also eines „Schlichter“-Votums) kann man 3 Jahre Gefängnis kriegen. Wenn beim Bekanntwerden solcher Pläne ein revolutionärer Arbeiter zu Revolver oder Bombe greift, um den Veranlasser der Tollheit oder den Mann, in dessen Namen sie verwirklicht werden soll, hinzulegen, dann schlägt ein rechtgläubiger Marxist seinen Talmud auf, mit Anmerkungen versehen von Karl Kautsky oder Wilhelm Bloß, und stellt fest, daß Selbstjustiz ein Denkfehler ist. Mussolini aber handelt.

Der anarchistische Genosse Borghi ist in den Vereinigten Staaten verhaftet worden, und die italienische Regierung verlangt seine Auslieferung. Borghis Verdienste um die revolutionäre Sache des internationalen Proletariats sind groß und allgemein bekannt, speziell also Herrn Mussolini selbst, der ja einmal unsrer Bewegung sehr nahe zu stehen vorgab und Borghi selbstverständlich persönlich aus vergangener Freundschaft genau kennt. Er wird ihn infolgedessen mit allen Folteln seines Systems still zu machen wünschen. Die Regierung der U. S. A. hat die Auslieferung schon mehrmals hinausgeschoben. Sie hat ja bei der Behandlung der Genossen Sacco und Vanzetti Erfahrung darin gesammelt, wie süß der Sadismus des Hinhaltens

ist. Der Schein, alle Rechtsformen zu wahren, ermöglicht die Ausdehnung der Zweifelsqualen und nachher braucht man nicht wieder selber den elektrischen Stuhl zu laden. Mussolini wird dafür bei sich zu Lande schon entsprechenden Ersatz finden. Das ist umso eher zu erwarten, als jetzt sogar der alte Genosse Giovannetti in Italien festgesetzt worden ist, an den sich, wie man hoffen konnte, der Uebermut des Diktators doch nicht heranwagen würde. Ob die von der syndikalistischen internationalen Arbeiter-Assoziation organisierte Protestbewegung gegen diese neueste Gewalttat der Faschisten Erfolg haben wird, wird davon abhängen, wie weit die angekündigten Aktionen in den an die italienische Regierung adressierten Entschließungen in die Tat umgesetzt werden. Die folgende von der Börse Groß-Berlin der F. A. U. D. einstimmig angenommene Resolution, die der italienischen Botschaft in Berlin übermittelt worden ist, ist dem FANAL mit dem Ersuchen um Abdruck zugegangen:

Die am 12. April 1928 in den Sophiensälen zu Berlin tagende Mitgliederversammlung der Anarcho-Syndikalisten Berlins nimmt mit Empörung davon Kenntnis, daß der italienische Faschismus es gewagt hat, den alten Vorkämpfer des Anarcho-Syndikalismus, Alibrando Giovannetti, einzukerkern. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste diese neue Brutalität des italienischen Blutregimes, fordert von der italienischen Regierung die Freilassung des Genossen Giovannetti und die Befreiung aller Opfer des Faschismus. Die Versammlung spricht den leidenden italienischen Genossen die tiefste Sympathie aus und gelobt, national und international mit allen Mitteln der direkten Aktion den Faschismus zu bekämpfen.

Mit allen Mitteln der direkten Aktion! Möge das kein leeres Wort bleiben. Der Faschismus, sei er noch so arm an Gedanken, noch so leer an zukunftsfrüchtigen Geiste, — er weiß, was Aktion ist. Das Weltproletariat aber wird sich von dieser scheußlichsten Geißel seiner ganzen Leidensgeschichte erst befreien, wenn es den Sklavenhaltern aller Länder bewiesen hat, daß Aktion kein ewiges Reservatrecht des Faschismus ist.

## Helden

Gott sei Dank! Sie haben es geschafft. Wir freuen uns alle über die Maßen. Die technische Möglichkeit, daß man nicht bloß von Amerika nach Europa, sondern auch umgekehrt von Europa nach Amerika fliegen kann, ist praktisch erwiesen worden. Hoch Köhl und Hünefeld! Hoch Hünefeld und Köhl! Wenn so etwas einmal geglückt ist, dann glückt es nachher immer wieder, und so dürfen wir die freudige Gewißheit hegen, daß im nächsten Kriege die Zerstörung Europas durch Senfgas von amerikanischen Fluggeschwadern nicht minder gründlich besorgt werden wird als die Zerstörung Amerikas von deutschen Hünefeld-Staffeln. O über die tapferen Pioniere, die bei dem Versuch, die herrliche Tat zu vollführen, im Ozean ertrunken sind! Selbst Damen haben ihr kostbares Leben dem edlen Ziel zum Opfer gebracht, die Mütter und Kinder der künftigen Generation den Heldentod der Verpestung sterben zu lassen. Herr v. Hünefeld und Herr Köhl haben es sich nicht nehmen lassen, auf dem Wege zum Heldentod der Menschheit einen Vorschußlorbeerkrantz mit schwarzweißbroter Schleife und einem schmalztröpfenden Gedicht über Doorn abzuwerfen, wo ein nicht immer stiller Dulder die Hundertmillionen-Pension der deutschen Republik verzehrt. Die Republik aber ist glücklich, die königlichen Helden der Luft und ihre Gastgeber, die amerikanischen Meister vom elektrischen Stuhl, an-telegraphieren zu können, weil für den Krieg, der das angestammte Herr-



schershaus auf den Gaswolken des Weltuntergangs zu seinem Thron zurücktragen soll, so erfreuliche Aussichten geschaffen sind. Nun handelt es sich nur noch darum, einen brauchbaren Kriegsgrund zu schaffen. Doch wird sich der schon ergeben, wenn zu den amerikanischen und den französischen Entwürfen, die internationale Aechtung des Krieges in Paragraphen zu fassen, auch noch die weiteren Friedenssicherungspläne dem Völkerbund vorliegen werden. Die Schwierigkeit liegt darin, daß so leicht keine Einigkeit darüber zu erzielen sein wird, ob die Petroleumlampe, die den endgültigen Völkerversöhnungspakt in Genf beleuchten soll, mit amerikanischem oder englischem Oel zu füllen sei; nur darüber besteht Klarheit, daß russisches Petroleum ungeeignet ist, weil es auf grünen Tischen leicht fleckt. Da die kleinen Differenzen wegen der Formalitäten beim Abschluß der ewigen Friedensverträge noch nicht beigelegt sind, hat vorläufig die Rüstungsindustrie aller Länder noch viel zu tun, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Nach dem Triumph der deutschen Flieger haben besonders die Flugzeugwerften mit großen Aufträgen zu rechnen. Vor allem gilt es jetzt das Problem zu lösen, Aeroplane mit Schiffshaubitzen zu bestecken, ferner zu ihrer Vernichtung ozeansichere Torpedoflugzeuge und weiterhin Torpedoflugzeug-Zerstörer zu bauen. Unsre Zukunft liegt nicht mehr auf dem Wasser; sie hängt in der Luft. Herrliche Aussichten hat uns die Großtat der Hohenzollernflieger Köhl und Hünefeld eröffnet. Wir werden von Amerika, Amerika wird von uns vergast werden. Jubel herrscht darob in Amerika, Jubel bei uns, Jubel in Genf, Jubel in Doorn, Jubel in aller Welt. Uns aber laßt jauchzen, daß die, die es geschafft haben, Deutsche sind, völkische Urteutonen, an deren Wesen demnächst wieder die Welt genesen wird. Das walte Gott!

#### **Todesanzeige.**

Der weißgardistische General Wrangel ist im belgischen Exil eines natürlichen Todes gestorben, — was wir aufrichtig bedauern.

### **Wahlaufruf!**

Der KAIN (Revolutions-Ausgabe) brachte am 7. Januar 1919 folgenden Aufruf zu den ersten Parlamentswahlen nach der Revolution.

Männer und Frauen!

**Wählt nicht zum bayerischen Landtag!**

**Wählt nicht zur deutschen Nationalversammlung!**

**Boykottiert die Wahlen!**

Die Wahlen bezwecken die Wiederaufrichtung des alten Systems. Sie bezwecken die Ausschaltung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, der wichtigsten Errungenschaft der Revolution.

Es ist wahr, daß die Räte noch eine andere, revolutionärere, ihrer eigenen Kraft bewußtere Zusammensetzung bekommen müssen, als sie bis jetzt haben. Durch die ständige Ueberwachung ihrer Arbeit jedoch durch das schaffende Volk, durch die aus dem Fortgang der Revolution erwachsenden Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit wird eine ständige Reinigung sich von selbst ergeben. Das unterscheidet eben das Rätesystem

vom hergebrachten Parlamentarismus, daß hier keine Delegierten für Jahre hinaus mit unbeschränkten Vollmachten eingesetzt werden, sondern daß die ernannten Bevollmächtigten der Arbeiter- oder Bauernorganisationen mit imperativem Mandat zu den Abstimmungen gehen und, sobald sie den Willen ihrer Auftraggeber nicht erfüllen, abberufen und durch andere, bessere Vollstrecker des Volkswillens ersetzt werden können.

Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte wollen und sollen kein „Nebenparlament“ bilden. Sie sollen der wahre Ausdruck der Revolution und darüber hinaus der lebendige Organismus der sozialistischen Gesellschaft sein und bleiben. Jeder Landtag, jede Nationalversammlung kann nur reaktionär wirken, da die Beeinflussung der Wähler dank der bis jetzt völlig in den Anfängen steckengebliebenen Revolution noch ausschließlich der vom Kapital abhängigen Tagespresse, dem noch ganz in alten Gewaltvorstellungen befangenen Offiziers- und Beamtenkorps, der Kirche und der Gewerkschaftsbürokratie anheimgegeben ist.

Der bürgerliche Parlamentarismus ist mit dem Kriege, an dem er die Hauptschuld trägt, zusammengebrochen. Ihn wieder herstellen, heißt die Revolution verraten!

**Wählt nicht!**

**Die Forderung der Revolutionäre heißt:**

**Alle Macht den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten!**

## Dank!

Es war mir bis jetzt nicht möglich, allen Genossen und Freunden, die meiner zu meinem 50. Geburtstag gedacht haben, einzeln zu danken. Besonders warten noch zahlreiche Aufmerksamkeiten, die mir aus den Zuchthäusern der freien deutschen Republik zuteil geworden sind, der Beantwortung. Der Ausweg, eine gedruckte Massen-Danksagung zu versenden, geht mir ganz gegen den Geschmack. Jeder, der mich durch eine persönlich gehaltene Begrüßung erfreut hat, hat Anspruch auf eine persönlich gehaltene Erwiderung seiner Freundlichkeit. Ich bitte aber um Geduld. Die berufliche und die durch die gespannte politische Lage gesteigerte agitatorische Tätigkeit, dazu die Vorbereitung der Aufführung meines Dramas „Judas“ und die Inanspruchnahme meiner Zeit durch privat oder von Staats wegen Ratsuchende hat die unerledigte Korrespondenz zu immer höheren Bergen anschwellen lassen. Ich bitte alle Geburtstagsgratulanten, denen ich die Bestätigung noch schuldig bin, diese Zeilen als vorläufigen Ausdruck meines Dankes anzunehmen und versichert zu sein, daß ich mir die Anerkennung, die mir in überreichem Maße gespendet worden ist, durch fernere Arbeit am revolutionären Werk zu verdienen suchen werde.

**Erich Mühsam.**

# Proletarier Jugend

Zeitschrift für revolutionäre Sozialisten

AUFRUHR — Kampftag der Internationale — Wir sind die Erben  
Zimmerwalds — BERICHT von der 11. Reichskonferenz der SPJ.  
Angelica BALABANOFF und LENIN — Freudige Botschaft aus  
Italien — DACHEBUCHLAEDDER eines Leibzegers usw.

Zu beziehen unter Kreuzband zum Preise von RM 0,70 für 3 aufeinander-  
folgende Nummern. (Postscheckkonto auf den Namen Else Wehnert, Hamburg  
48852) durch die Einkaufszentrale der  
Sozialistischen Proletarier-Jugend, Hamburg 80, Gärtnerstr. 23, Hs. 10



## Die Neue Generation

Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker  
Monatsschrift. Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten  
„Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende  
empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als  
eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist.

Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich  
ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexual-  
reform.  
Bertram Lloyd.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen  
sowie durch den

**VERLAG DER NEUEN GENERATION**  
Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

## **Anarchistische Jugend Groß-Berlin**

**Gruppe Neukölln I.** Jeden Montag, 20 Uhr öffentl. Gruppenabend im Jugendheim, Bergstr. 29 (Am U-Bahnhof).

Montag, den 7. Mai, spricht B. Cahn über „Kritische Geschichte des deutschen Parlamentarismus“.

Montag, den 14. Mai, Aussprache über organisatorische Angelegenheiten. Stellungnahme zum Wahlrummel.

Montag, den 21. Mai, spricht Erich Mühsam über „Räte-system“.

**Gruppe Neukölln II:** Auskunft erteilt Paul Priebus, Friedelstraße 12. Jeden Freitag, 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Sanderstraße 11.

**Gruppe Charlottenburg:** Jeden Dienstag, 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Olbersstraße (Nähe Bahnhof Jungfernheide).

**Gruppe Moabit I:** Jeden Mittwoch, 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend im Jugendheim, Lehrter Str. 18-19.

**Gruppe Moabit II:** Auskunft erteilt Hans Bühler, Berlin NW 21, Emdener Straße 57.

**Gruppe Adlershof:** Auskunft erteilt W. Boretti, Adlershof, Gemeinschaftsstraße 30.

## **Syndikalistisch-Anarchistische Jugend Deutschlands, Ortsöderation Groß-Berlin**

Anschrift: Walter Kaps, Berlin N 113, Ueckermünderstr. 11.

**Gruppe Prenzlauer Berg.** Anschrift: Walter Kaps, Berlin N 113, Ueckermünderstr. 11. Zusammenkunft nach Vereinbarung

**Gruppe Kreuzberg.** Anschrift: Erich Heinze, Berlin SO 34, Lausitzerstr. 21. Zusammenk. jed. Dienstag im Heim, Wrangelstr. 128.

**Gruppe Oberschönewalde.** Zusammenkunft jeden Montag im Jugendheim Laufenerstr. 2 für Musikinteressenten. Jeden Donnerstag 7-30 Uhr Gruppenabend im Jugendheim Laufenerstr. 2.

---

Zu Pfingsten (27.-28. Mai) findet in Lindau (Bodensee) ein Treffen zwischen dem Südgau der Freien Sozialistischen Jugend und dem Frei-Bund (Schweiz) statt. Gesinnungsfreunde willkommen. Anmeldungen an Lotte Herz, Freiburg i. Breisgau, Bismarckstraße 119, bei Weiß.  
F. S. J., Südgau.

---